

Die Wirtschaft kriegt die Krise



Wirtschaftsleistung. Unterbrochene Lieferketten, knappe Energiegüter, hohe Preissteigerungen: Die Coronapandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs haben die Bruttowertschöpfung in Deutschland – verglichen mit einem Szenario ohne diese Krisen – um mehr als 500 Milliarden Euro reduziert. Mit Blick in die Zukunft ist besonders fatal, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen schwindet, auch weil die Bundesregierung keinen klaren wirtschaftspolitischen Kurs erkennen lässt. Was es jetzt braucht, um einen neuen Aufschwung einzuleiten, erläutert IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt in seinem iwd-Kommentar. —> [Seiten 2-6](#)

Biobranche

Der Umsatz mit Biolebensmitteln ist in Deutschland im Jahr 2023 wieder gestiegen. Im europäischen Vergleich kaufen die Bundesbürger relativ viele Bioprodukte.

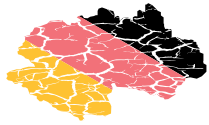
—> [Seiten 8-9](#)

Kinderbetreuung

Die Kitagebühren unterscheiden sich hierzulande von Kommune zu Kommune erheblich. Generell gilt aber auch: je jünger die Kinder, desto teurer der Kitaplatz.

—> [Seiten 12-13](#)

Hohe Rechnung



Wirtschaftsleistung. Die Coronapandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs haben sich stark auf die deutsche Wirtschaft ausgewirkt. Das IW beziffert die Kosten auf 545 Milliarden Euro von 2020 bis einschließlich 2023. Zudem zeigen sich Parallelen zu früheren Krisenzeiten.

Die großen Krisen der vergangenen Jahre haben der deutschen Wirtschaft zugesetzt. Zunächst führte die Coronapandemie mit den damit verbundenen Kontakt- und Ausgehbeschränkungen zu ökonomischen Einbrüchen sowohl auf der Angebotsseite als auch auf der Nachfrageseite. Dann folgte der Ukraine-Krieg, der nicht nur massives Leid über das angegriffene Land brachte und immer noch bringt, sondern auch geopolitische

Verwerfungen nach sich zog. Deutschland wollte keine günstige Energie mehr aus Russland beziehen und musste vor allem seine Versorgung mit Erdgas neu aufstellen. Die Folge war ein Kostenschock für Verbraucher und Großkunden.

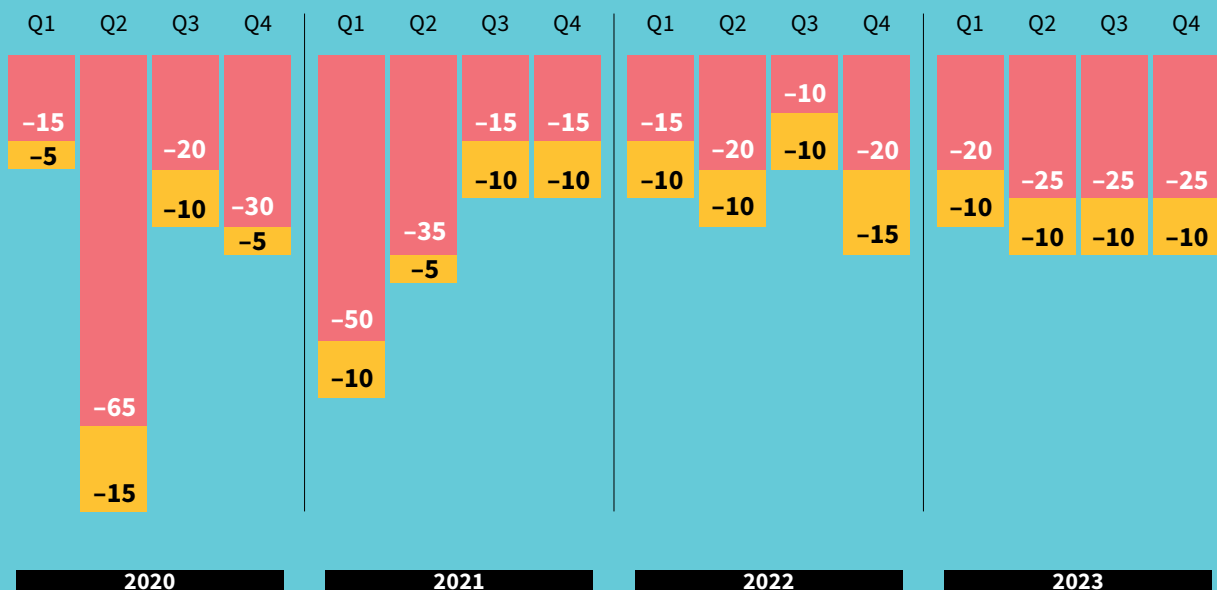
Wie stark die Bundesrepublik ökonomisch von den beiden aufeinanderfolgenden Krisen getroffen wurde, hat nun das IW beziffert:

Pandemie und Krieg: Die Folgen für Deutschland

Um so viele Milliarden Euro fiel das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland durch die Coronapandemie und die Folgen des Ukraine-Kriegs im Vergleich zu einem Szenario ohne beide Ereignisse niedriger aus



■ Privater Konsum ■ Investitionen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Die reale Bruttowertschöpfung in Deutschland war in den Jahren 2020 bis 2023 rund 545 Milliarden Euro geringer als in einem Szenario ohne Pandemie und Krieg.

Den größten Ausfall gab es im privaten Konsum mit rund 400 Milliarden Euro innerhalb von vier Jahren (Grafik Seite 2). Dieses Minus spiegelt zunächst den Verlauf der Pandemie wider mit gravierenden Einbrüchen aufgrund der Lockdowns. So lassen sich etwa 250 Milliarden Euro Verlust auf die Coronajahre 2020 und 2021 zurückführen. Gerade als sich der private Konsum erholte, folgte der kriegsbedingte Energiepreisschock.

Doch nicht nur die Verbraucher gaben weniger Geld aus als sonst, auch die Unternehmen hielten sich wegen der Pandemie und des Ukraine-Kriegs mit Ausgaben zurück: Die Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und immaterielle Kapitalgüter – zu Letzteren zählen beispielsweise Ausgaben für Forschung, Software und Daten – lagen von 2020 bis 2023 um etwa 155 Milliarden Euro unter dem Wert des Vergleichsszenarios. Zwar erholten sich die Investitionen insgesamt nach dem anfänglichen Coroneinbruch bereits zu Jahresbeginn 2021. Danach machten sich allerdings Zulieferprobleme, geopolitische Verunsicherungen und steigende Zinsen zunehmend bemerkbar.

Die Teilbereiche der Anlageinvestitionen entwickelten sich in der Krisenzeit sehr unterschiedlich:

Die Ausrüstungsinvestitionen blieben bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs rund 10 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Danach legten sie wieder zu, auch weil Mittel für militärische Waffensysteme hier verbucht werden.

Die Bauinvestitionen blieben trotz der Coronapandemie zunächst stabil, brachen dann aber aufgrund stark gestiegener Zinsen und hoher Materialpreise ein. Die immateriellen Investitionsgüter liegen dagegen seit Beginn der Krisen durchgängig auf niedrigerem Niveau.

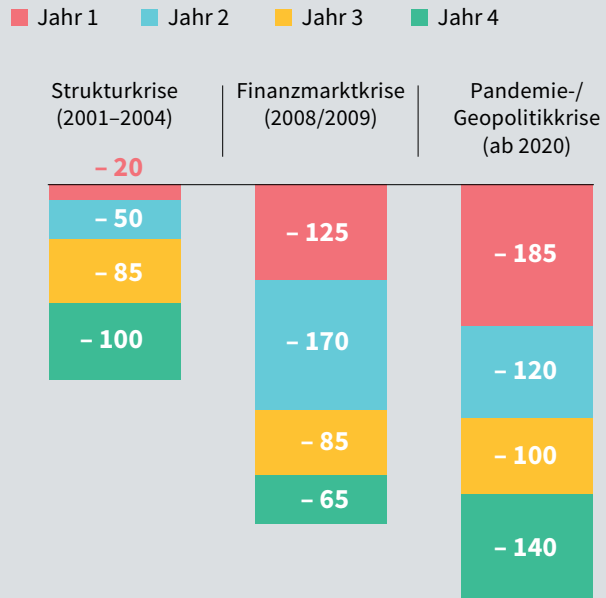
Anders als der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen legte der Staatskonsum im Zeitraum von 2020 bis 2023 zu – unterm Strich stieg er innerhalb dieser vier Jahre um gut 10 Milliarden Euro. Dies war beispielsweise auf die Ausgaben für Impfstoffe und die Coronahilfen ab dem zweiten Quartal 2020 zurückzuführen.

Um das Ausmaß der Verluste durch Coronapandemie und Ukraine-Krieg besser einordnen zu können, hat das IW die Daten mit denen früherer Krisen verglichen (Grafik):

Der Verlust durch die Strukturkrise und die anschließende lange Stagnationsphase Anfang des Jahrtausends in Deutschland belief sich auf etwa

Große Krisen: Die Einbußen

Um so viele Milliarden Euro fiel das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den ersten vier Jahren nach dem jeweiligen Krisenausbruch im Vergleich zu einem Szenario ohne diese Krise niedriger aus



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwD



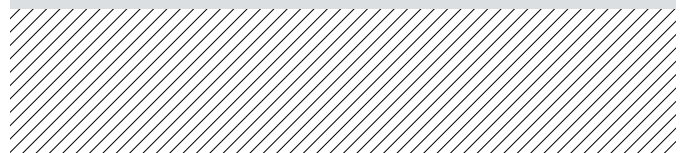
255 Milliarden Euro. Die Finanzkrise 2008/2009 führte zu Einbußen von 445 Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft.

Absolut gesehen ist die aktuelle Krise folglich die schwerste. Relativ betrachtet – die Bruttowertschöpfung ist im Lauf der Zeit gestiegen – war die Finanzkrise der größte Einschnitt. Die Bruttowertschöpfung lag in vier Jahren gesamtwirtschaftlich um 4,5 Prozent unter dem Referenzszenario ohne Krise. Coronapandemie und Ukraine-Krieg reduzierten die Wertschöpfung um knapp 4 Prozent, nach der Strukturkrise lag sie um fast 3 Prozent unter dem Vergleichswert ohne Krise.

IW-Report 11/2024

Michael Grömling: Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland

iwkoeln.de/krisenkosten



Ein Krisenfaktor kommt selten allein

Investitionen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Deutschland stagniert seit geraumer Zeit – und die Aussichten für das laufende Jahr bleiben trüb. Die Gründe für die Krise sind zahlreich, wie eine IW-Umfrage zeigt. Allerdings stechen drei Faktoren besonders hervor.

Minus 0,3 Prozent – um diesen Wert ist das reale Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2023 gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr geschrumpft. Auch für 2023 insgesamt steht ein Rückgang der Wirtschaftsleistung zu Buche.

Die konjunkturelle Schwäche schlägt sich nicht zuletzt in der Entwicklung der Investitionen nieder. Obwohl der starke Einbruch im Zuge der ersten Coronawelle von 2020 teilweise wettgemacht werden konnte, lagen die realen Investitio-

nen in Maschinen und Geräte im Jahresdurchschnitt 2023 um gut 2 Prozent unter dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2019. Das ist auch deshalb fatal, weil sich die großen Herausforderungen wie die Transformation zur Klimaneutralität nur mit erheblichen Investitionen in neue Produkte und Technologien bewältigen lassen.

Eine Wende zum Besseren ist nicht in Sicht. Dies geht aus der jüngsten IW-Konjunkturumfrage hervor (siehe „IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen befürchten weiteren Abwärtstrend“ auf iwd.de). Ein Ergebnis:

Nur 27 Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten, dass ihre Investitionen 2024 höher ausfallen als im vergangenen Jahr – 36 Prozent rechnen dagegen mit einem Rückgang.

Damit sind die Investitionsperspektiven der Unternehmen in Deutschland so trüb wie seit der globalen Finanzmarktkrise von 2008/2009 nicht mehr.

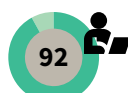
Um die konkreten Gründe hierfür zu analysieren, fragte das IW die Firmen, welche Faktoren für ihre Investitionsentscheidungen maßgeblich sind. Die Antworten rücken einige Krisenfaktoren in den Vordergrund (Grafik):

Investitionen: Was für Unternehmen wichtig ist

Für so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland haben diese Faktoren eine hohe oder mittlere Bedeutung für ihre Investitionsentscheidungen am hiesigen Standort



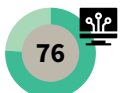
Arbeitskosten



Verfügbarkeit von Arbeitskräften



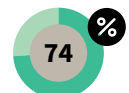
Bürokratie/Regulierungen



Infrastruktur für Digitalisierung



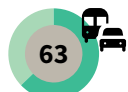
Allgemeiner Digitalisierungsstand



Unternehmenssteuern



Energiepreise



Verkehrsinfrastruktur



Finanzierungsbedingungen



Investitionsförderung



Subventionen

Für jeweils mehr als neun von zehn Unternehmen haben die Arbeitskosten und die Verfügbarkeit von Arbeitskräften eine erhebliche Bedeutung, wenn es darum geht, über Investitionen am Standort Deutschland zu entscheiden.

Ähnlich bedeutsam ist das Agieren des Staates – für 82 Prozent der Unternehmen entscheiden Bürokratie und staatliche Regulierungen maßgeblich darüber, ob sie Investitionen am heimischen Standort tätigen oder nicht.

Diese drei Faktoren haben für alle einbezogenen Wirtschaftssektoren – Industrie, Dienstleistungen und Baugewerbe – die höchste Relevanz für Investitionsentscheidungen.

Andere Einflussgrößen bewerten die Firmen dagegen unterschiedlich. Beispielsweise spielen die Energiepreise und die Unternehmenssteuern für jeweils gut acht von zehn Industrie- und Bauunternehmen eine zentrale Rolle, wenn es um Investitionsentscheidungen geht – dies ist bei den Dienstleistungsfirmen nicht so stark ausgeprägt.

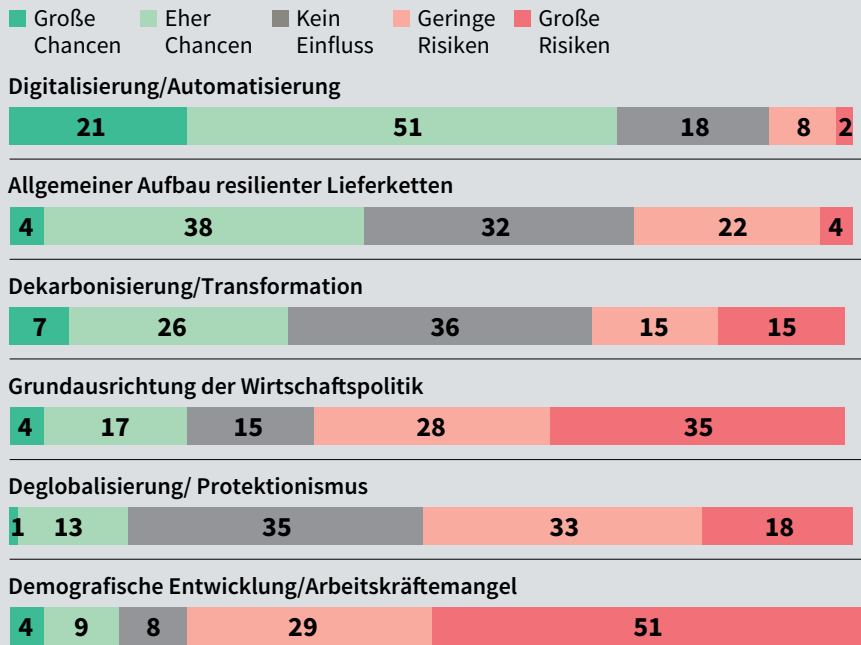
Über diese Faktoren hinaus liegt es nahe, dass auch grundlegende, längerfristige Entwicklungen die Investitionsneigung der Betriebe beeinflussen. Ein Beispiel für einen solchen sogenannten Megatrend ist die Digitalisierung. Die damit verbundenen Möglichkeiten einer effizienteren und vernetzten Produktion versetzen viele Firmen offenbar in Aufbruchstimmung (Grafik):

Für mehr als sieben von zehn Unternehmen erwachsen aus der Digitalisierung Chancen für zusätzliche Investitionen am Standort Deutschland.

Ganz anders sieht das mit Blick auf die demografische Entwicklung aus. Weil die Bevölkerung in Deutschland immer älter wird, stehen künftig weniger Menschen im Erwerbsleben. Um den zunehmen-

Investitionen: Megatrends bergen Chancen und Risiken

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland bewerten den Einfluss dieser langfristigen Entwicklungen auf ihre Investitionen am hiesigen Standort wie folgt



Befragung von 2.216 Unternehmen im November 2023
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd



den Fachkräfteengpässen entgegenzuwirken, müsste die Wirtschaft verstärkt in neue (Produktions-)Technologien investieren. Doch genau dies bereitet vielen Firmen großes Kopfzerbrechen:

Rund 80 Prozent der Unternehmen sehen in der demografischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel ein Investitionsrisiko.

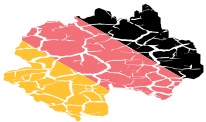
Die Unternehmen befürchten also offenbar, dass fehlende Arbeitskräfte jene Investitionen unmöglich machen, die erforderlich wären, um der demografischen Herausforderung zu begegnen. Besonders groß ist der Anteil der diesbezüglichen Skeptiker in der Industrie mit 84 Prozent, aber auch im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe sehen drei von vier Unternehmen im Demografie-Megatrend ein Investitionsrisiko.

Passend zum oben genannten Standortfaktor Bürokratie bewertet eine Mehrheit von 63 Prozent auch die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik als Investitionshemmnis. In der Industrie gibt mit 69 Prozent ein noch größerer Teil der Firmen an, das staatliche Handeln würde Investitionen am heimischen Standort weniger attraktiv machen oder sogar gefährden.

Ein Abbau bürokratischer Vorschriften, schnellere Genehmigungsverfahren und verbesserte Abschreibungsbedingungen sind deshalb naheliegende Maßnahmen, die helfen könnten, die Investitionsschwäche in Deutschland zu überwinden.

IW-Report 10/2024
 Michael Grömling, Ralph Wiechers, Olaf Wortmann: Bedeutung von Standortfaktoren und Megatrends für die Investitionen in Deutschland
iwkoeln.de/investitionsfaktoren

Kommentar. Dass Deutschlands Wirtschaft in einer schlechten Verfassung ist, ist nicht nur auf große Krisen wie die Coronapandemie zurückzuführen. IW-Geschäftsführer **Hubertus Bardt** macht auch die Wirtschaftspolitik für die Stagnation verantwortlich – und rät zum Handeln.



„Es geht um das Vertrauen in Deutschlands Zukunft“



Foto: IW

Deutschland befindet sich seit Jahren in der Stagnation. Die Volkswirtschaft ist seit 2019 kaum gewachsen, die Industrie stagniert bereits seit 2018. Natürlich spielt die Abfolge schwerer Krisen eine entscheidende Rolle: Ohne die Coronapandemie und ohne den Energiekostenschock nach dem russischen Überfall auf die Ukraine wäre die Entwicklung eine andere gewesen. In Summe haben beide Krisen die deutsche Volkswirtschaft – gemessen an den vorherigen Erwartungen – rund 545 Milliarden Euro gekostet.

Die Stagnation ist aber auch hausgemacht. Der Standort Deutschland hat für Investoren an Attraktivität verloren. Bei den im internationalen Vergleich guten Eigenschaften verliert Deutschland seine starke Position: Regulierung und Bürokratie nehmen zu, die Infrastruktur verschlechtert sich, gut ausgebildete Fachkräfte werden knapper. Gleichzeitig sind die Arbeitskosten, die Energiekosten sowie weitere Belastungen immer weiter gestiegen. Im Vergleich von 45 Industrie- und aufstrebenden Schwellenländern liegt Deutschland bei den Kosten inzwischen auf dem vorletzten Platz.

Ein Investitionsstandort muss umso besser sein, je teurer er ist. Das ist in Deutschland nicht mehr gegeben. Das Premiumprodukt Standort D verliert an Qualität und das zu einem immer höheren Preis. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Ein schwacher Standort ist nicht attraktiv für Investitionen. Und eine schwache Investitionsperformance verringert den Wohlstand von morgen. Gerade in einer Zeit, in der für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ein massiver Investitionsschub kommen muss, ist eine investitions-hemmende Standortqualität nicht tragbar.

Dabei geht es nicht nur um die Attraktivität für internationale Neuinvestitionen, sondern insbesondere um das Vertrauen der bisher hier ansässigen erfolgreichen Unternehmen in Deutschlands Zukunft. Viel zu viele Firmen stellen ihre Produktion hierzulande infrage und halten sich mit Investitionen zurück. Hohe bürokratische Lasten, immer engere Regulierung und Steuerbelastungen, die zu den höchsten weltweit gehören, verringern die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Dabei lässt sich an ganz vielen Stellen kurzfristig ansetzen: Wir brauchen eine Steuerreform, die den Standort wieder wettbewerbsfähig macht. Wir sollten das Rentensystem reformieren, damit die Sozialausgaben nicht schnell und stark steigen. Wir müssen bürokratische Lasten abbauen, den Staat digitalisieren und die Regulierungsdichte verringern. Wir haben die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation zu schaffen. Wir benötigen moderne Infrastrukturen und dürfen dem Bau nicht weiter im Wege stehen. Wir müssen die Qualität unserer Bildung stärken. Wir müssen Unternehmensgründungen fördern und deren Finanzierung verbessern. Wir dürfen die Chancen der Digitalisierung nicht verpassen, sondern es gilt, altbekannte Prozesse neu zu denken. Wir müssen uns verstärkt um Fachkräfte aus dem Ausland bemühen. Und wir sollten bereit sein, einige Stunden mehr im Monat zu arbeiten.

Die Stagnation in Deutschland ist durch die Krisen verschärft und verlängert worden. Aber es gibt viele Schritte, die gemacht werden können, um einen neuen Aufschwung einzuleiten.

Weibliche Expertise

Patente. Wenige Frauen melden in Deutschland Patente an oder sind daran beteiligt. Eine Ausnahme bildet die Pharmazie. Dort geht im Durchschnitt jedes fünfte angemeldete Schutzrecht auf das Konto einer Frau. Künftig könnte sich der Anteil weiter erhöhen.

Erfolg durch Forschung und Entwicklung – nach diesem Credo arbeitet die Pharmaindustrie in Deutschland, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Dafür braucht die Branche im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt überdurchschnittlich viele hochqualifizierte Beschäftigte. Und auch in der Geschlechterverteilung sticht die Pharmaindustrie heraus:

41 Prozent der Mitarbeiter in pharmazeutischen Unternehmen sind Frauen – ein deutlich höherer

Anteil als in anderen Spitzentechnologiebranchen.

Das wirkt sich auf die für die Branche so wichtigen Patentanmeldungen aus, wie eine IW-Auswertung der neuesten zur Verfügung stehenden Daten zeigt (Grafik):

In pharmazeutisch tätigen Unternehmen ist der Anteil der Patentanmelderinnen von 4,5 Prozent im Jahr 1994 auf 20 Prozent im Jahr 2020 gestiegen.

In der Biotechnologie lag der Anteil mit 25 Prozent noch einmal

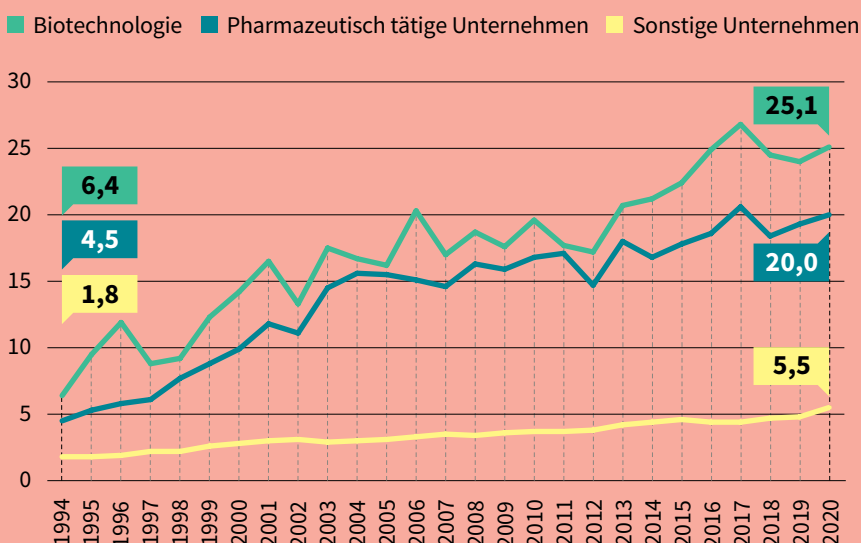
höher. Zum Vergleich: In allen anderen Branchen gingen 2020 im Schnitt nur 5,5 Prozent der Patente auf Frauen zurück.

Es sprechen mehrere Faktoren dafür, dass der Anteil der Erfinderrinnen in der Pharmaindustrie in den kommenden Jahren weiter steigt. So sind derzeit mehr Frauen als Männer in naturwissenschaftlichen Studiengängen eingeschrieben. Außerdem wird die Biopharmazie in Zukunft eine noch größere Rolle spielen – hier sind Erfinderrinnen besonders stark vertreten.

Trotz der positiven Entwicklung sind Frauen als Patentanmelder immer noch unterrepräsentiert – vor allem, wenn man sich die annähernde Geschlechterparität bei Mitarbeitern auf höherem Qualifikationsniveau vor Augen führt. Es gilt herauszufinden, welche Ursachen dies hat, und entsprechend zu reagieren. Denn für die Pharmaindustrie ist es sehr wichtig, immer neue Wirkstoffe und Arzneimittel zu entwickeln. Nur so kann sie mit der international oftmals günstiger produzierenden Konkurrenz mithalten und die Arbeitsplätze am Standort Deutschland sichern.

Viele Erfinderrinnen in der Pharmazie

So viel Prozent der Patentanmeldungen in Deutschland stammten von Frauen



Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2024 IW Medien / iwd

Die Biobranche

Ein für gewöhnlich wenig beachtetes Lebensmittel unter den Bioprodukten war in Deutschland im Jahr 2023 ungewöhnlich stark gefragt: der Quark. Der Umsatz mit Bioquark legte binnen Jahresfrist um 28 Prozent zu, was nicht allein auf Preissteigerungen zurückzuführen war, denn es wurden im vergangenen Jahr auch rund 17 Prozent mehr Quarktöpfchen verkauft als im Jahr zuvor. Ein kräftiges Umsatzplus erzielten zudem pflanzliche Milchgetränke, Backwaren sowie Käse und Wurstwaren in

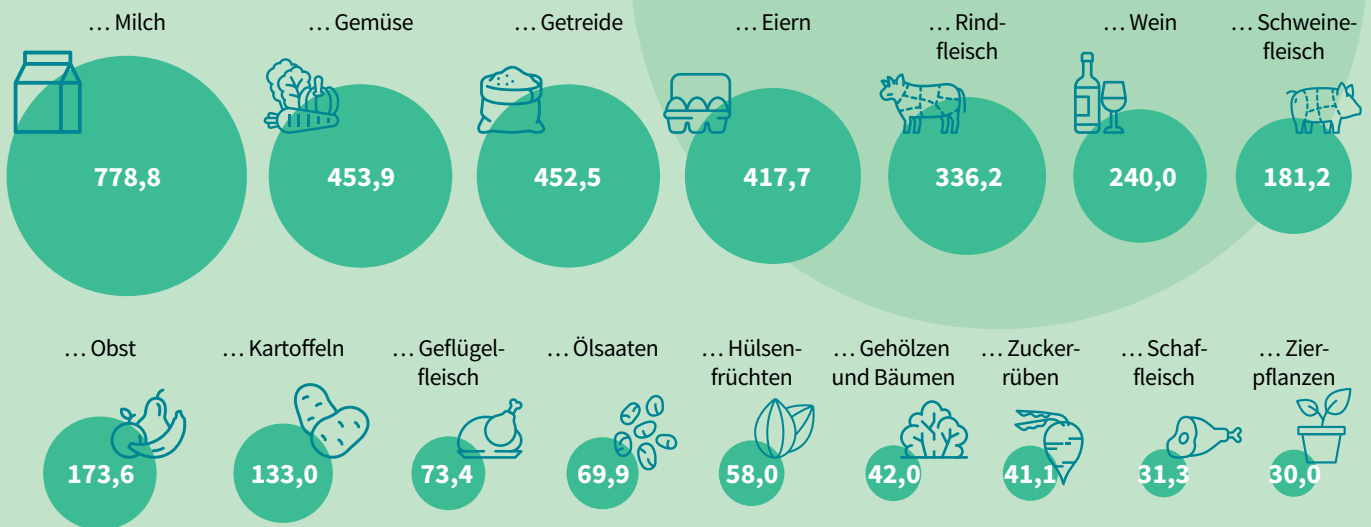
Bioqualität, während die Umsätze für biologisch hergestellte Butter und Fleischersatz in zweistelliger Prozenthöhe sanken.

Unterm Strich kauften die Deutschen im Jahr 2023 für annähernd 16,1 Milliarden Euro Biolebensmittel ein, das entspricht einem Plus von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rund 67 Prozent des Bioumsatzes erzielte der Lebensmitteleinzelhandel, dabei entfielen rund 40 Prozent auf die Discounter.

Die Waren

So viele Millionen Euro erlösten die deutschen Biolandwirte im Jahr 2022 mit dem Verkauf von ...

Insgesamt
3.612,0

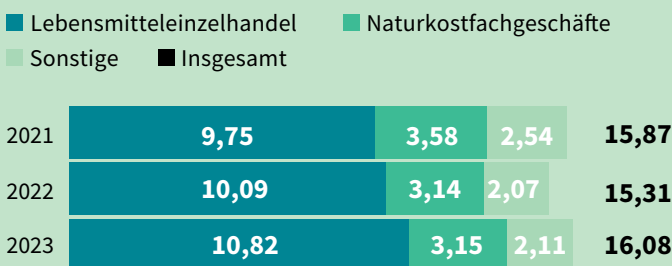


Rest: u. a. Champignons, Hopfen, Tabak
Quelle: Bund Ökologische Landwirtschaft

iwd

Der Umsatz

Umsatz mit Biolebensmitteln und -getränken in Deutschland in Milliarden Euro

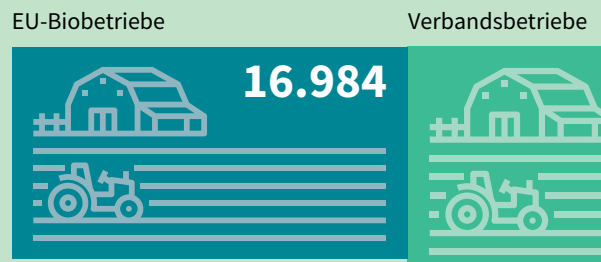


Lebensmitteleinzelhandel: einschließlich Drogeriemärkte; Sonstige: Ab-Hof-Verkauf, Abo-Kisten, Bäckereien, Metzgereien, Obst- und Gemüsefachgeschäfte, Reformhäuser, Tankstellen, Versandhandel, Wochenmärkte
Quelle: Bund Ökologische Landwirtschaft

iwd

Die Höfe

So viele Betriebe wurden in Deutschland im Jahr 2023 biologisch bewirtschaftet



EU-Biobetriebe: Biobetriebe, die nach der EU-Öko-Verordnung wirtschaften
Verbandsbetriebe: Biobetriebe, die nach den Regeln eines Bio-Anbauverbands wirtschaften
Quelle: Bund Ökologische Landwirtschaft

Dass die Nachfrage nach Biolebensmitteln nach einer Umsatzdelle im Jahr 2022 zuletzt wieder gestiegen ist, dürfte auch damit zusammenhängen, dass die Preissteigerungen für Öko-Lebensmittel im Jahr 2023 mit 5 Prozent deutlich unter der Gesamtinflationsrate für Lebensmittel von 9 Prozent lagen. Die Preisunterschiede von Bio- und konventionellen Lebensmitteln haben sich also angeglichen. Vor allem im Fachhandel, also Biosupermärkten und Naturkostfachgeschäften, zeigt sich, dass mit sinkenden Inflationsraten auch höhere Umsätze erzielt werden.

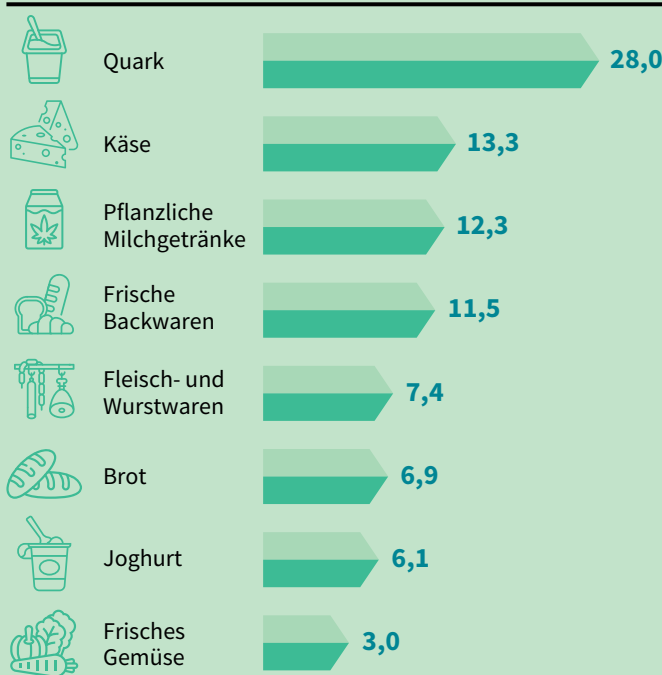
Die Zahl der Biohöfe in Deutschland ging mit rund 36.500 Betrieben im Jahr 2023 um 1 Prozent zurück. Da aber unter allen landwirtschaftlichen Betrieben mehr

aufgegeben als neu gegründet wurden, hat der Anteil der Biohöfe zugenommen – er lag 2023 bei 14,3 Prozent. Die von deutschen Biobauern bewirtschaftete Fläche betrug rund 1.940.300 Hektar, das entspricht annähernd 12 Prozent aller landwirtschaftlichen Flächen. Die meisten Erlöse erzielten deutsche Biobauern im Jahr 2022 mit Milchprodukten (22 Prozent), Obst, Gemüse und Kartoffeln (22 Prozent) sowie Fleisch (18 Prozent).

In Deutschland betrug der Anteil von Bioprodukten am gesamten Handelsumsatz im Jahr 2022 rund 6 Prozent. Höher war er in Europa im selben Jahr nur in Dänemark (12,0 Prozent), Österreich (11,5 Prozent), der Schweiz (11,2 Prozent) sowie in Luxemburg und Schweden (je 8,2 Prozent).

Die Aufsteiger

Um so viel Prozent wuchs der Umsatz für einzelne Biolebensmittel im Jahr 2023

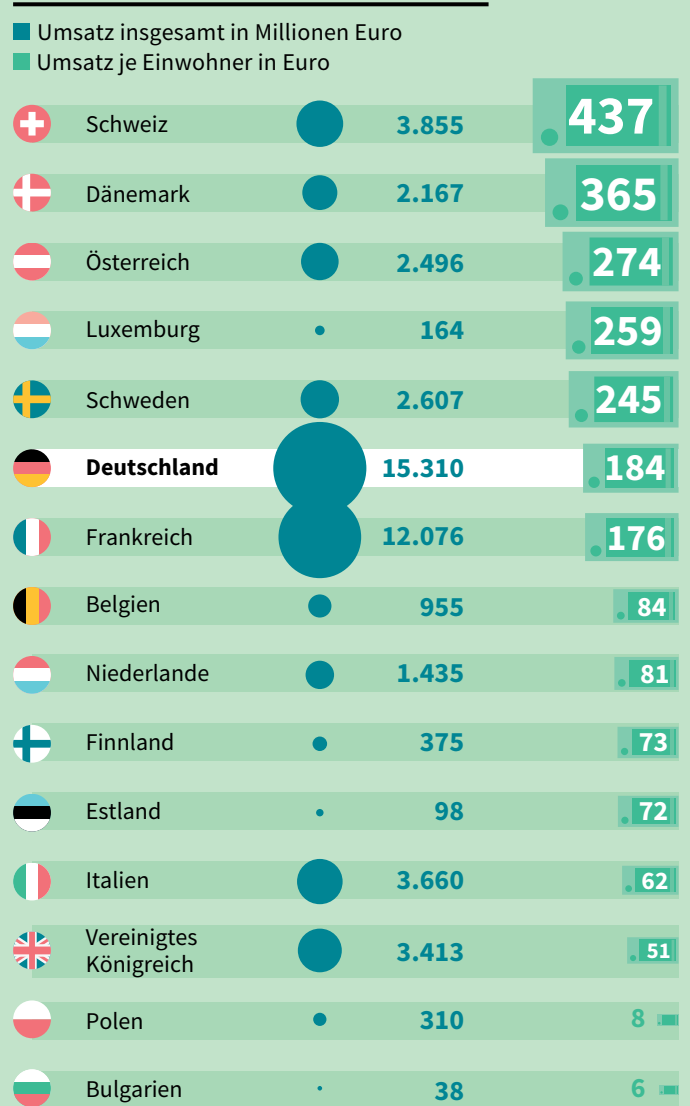


Quelle: Bund Ökologische Landwirtschaft

iwd

Der Europa-Vergleich

So viel gaben Verbraucher 2022 im Durchschnitt für Biolebensmittel aus



Länderauswahl
Quelle: Bund Ökologische Landwirtschaft

iwd

Insgesamt

19.552

36.536



iwd

Städte polarisieren

Bildung. Akademiker leben in Deutschland häufiger in Städten – genauso wie Niedrigqualifizierte. In ländlichen Regionen ist dagegen der Anteil der Menschen mit Berufsausbildung höher. Diese Verteilung wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus.

Nach dem Studium zurück in die Heimat oder doch lieber am neuen Wohnort bleiben? Für viele Menschen in Deutschland stellt sich diese Frage nach ihrem Abschluss. Die besseren beruflichen Chancen gibt es oft in den Metropolen und regionalen Zentren. Folglich entscheiden sich viele Akademiker dazu, weiter in den Städten zu leben, wie das Institut der deutschen Wirtschaft herausgefunden hat (Grafik):

Der Akademikeranteil lag im Jahr 2019 – neuere Daten sind noch nicht verfügbar – in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern über alle Altersgruppen hinweg über dem Bundesdurchschnitt.

Die größte Diskrepanz gibt es in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. Während in Deutschland gut 28 Prozent von ihnen einen akademischen Abschluss haben, sind es in den größeren Städten mehr als 39 Pro-

zent. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass sich viele Akademiker um die 30 noch in Ausbildungen befinden, die typischerweise in Städten absolviert werden – etwa zum Facharzt in Kliniken oder einem Promotionsstudium.

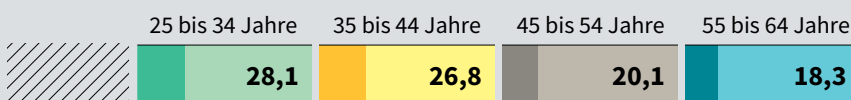
Ähnlich hoch ist der Anteil der Akademiker in den Großstädten unter den 35- bis 44-Jährigen mit fast 37 Prozent. Mit zunehmendem Alter nähern sich die Prozentwerte von Stadt- und Landbevölkerung an.

Die deutschlandweit höchste Akademikerdichte hat die Region München – gut 40 Prozent der 25- bis 64-Jährigen haben mindestens einen Bachelorabschluss in der Tasche. Direkt dahinter folgt Berlin mit mehr als 39 Prozent. Die Hauptstadt liegt allerdings in der Kategorie der 35- bis 44-Jährigen – bei ihnen kann man von einer abgeschlossenen akademischen Laufbahn ausgehen – mit 44 Prozent Akademikern vor der bayerischen Metropole, hat also mehr Jung-Akademiker vor Ort. Dementsprechend könnte Berlin die Region München in absehbarer Zeit als Spitzenreiter ablösen.

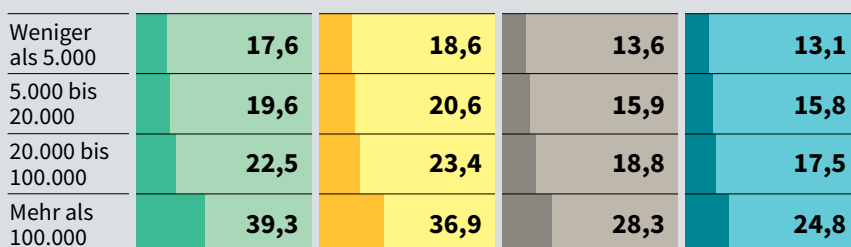
Die Art der Bildungsabschlüsse zeigt, dass der Abstand zwischen Stadt und Land auf die Universitäten zurückzuführen ist:

Akademiker: Häufiger in Großstädten zu finden

So viel Prozent der Einwohner Deutschlands dieser Altersgruppe hatten im Jahr 2019 einen akademischen Abschluss



Nach Einwohnerzahl des Wohnorts



Der Anteil der Universitätsabsolventen an der Bevölkerung zwischen 35 und 44 Jahren ist in den Großstädten mit knapp 27 Prozent nahezu dreimal so hoch wie in kleinen Gemeinden.

Dagegen sind die Anteile der Absolventen anderer Hochschulformen mit gut 10 Prozent in Städten und rund 9 Prozent auf dem Land relativ ähnlich.

Auffällig ist: Im ländlichen Raum leben mehr Akademiker, als dort arbeiten. Das deutet darauf hin, dass die fehlenden Berufschancen vor Ort und nicht die Attraktivität der ländlichen Regionen als Wohnort eine höhere Akademikerquote verhindern.

Doch nicht nur am oberen Ende der Qualifikationsskala liegen Stadt und Land weit auseinander. Auch Niedrigqualifizierte – also Menschen ohne Berufsabschluss – zieht es vermehrt in die Zentren (Grafik):

Der Anteil der Niedrigqualifizierten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren war in Städten ab 100.000 Einwohnern mit knapp 21 Prozent fast doppelt so hoch wie auf dem Land.

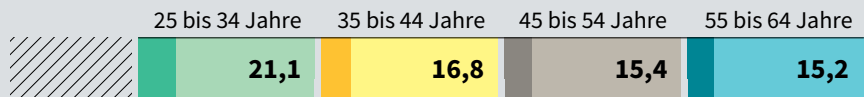
Besonders viele Menschen ohne berufliche Qualifikation leben im Ruhrgebiet. Niedrig ist die Quote dagegen im Osten Deutschlands.

Die Erklärung liefert vorwiegend die Herkunft der Niedrigqualifizierten, denn rund die Hälfte von ihnen ist nicht in Deutschland geboren. Da der Zuwandereranteil im Westen der Republik deutlich höher ist als in den östlichen Bundesländern, hebt beziehungsweise reduziert dies die entsprechende Quote.

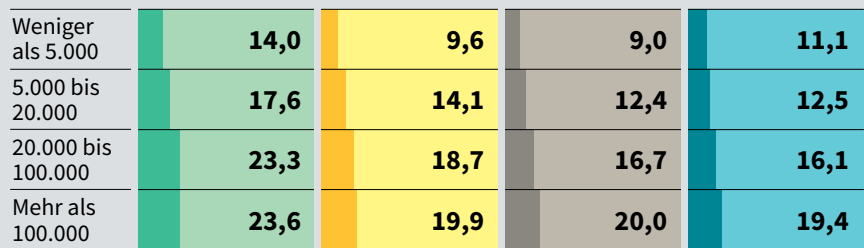
Bei der Interpretation der Daten ist aber zu beachten, dass die Bildungswege im Ausland nicht dem deutschen System entsprechen und auch zugewanderte Niedrigqualifizierte über ausgeprägte Fachkenntnisse verfügen können.

Niedrigqualifizierte: Seltener in kleinen Gemeinden

So viel Prozent der Einwohner Deutschlands dieser Altersgruppe hatten im Jahr 2019 keinen berufsqualifizierenden Abschluss



Nach Einwohnerzahl des Wohnorts



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Ungeachtet dessen ist die Situation der Niedrigqualifizierten auf dem deutschen Arbeitsmarkt trotz Fachkräftemangel nach wie vor schwierig.

Ein deutliches Indiz dafür ist die Struktur der Erwerbslosigkeit: Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen hatte im Jahr 2019 keinen berufsqualifizierenden Abschluss vorzuweisen, unter den Langzeitarbeitslosen waren es sogar annähernd zwei Drittel.

Noch schlechter dürften die Arbeitsmarktchancen für jene Menschen sein, die nicht nur keinen beruflichen, sondern auch keinen Schulabschluss haben. Dies galt zuletzt für gut 18 Prozent der Niedrigqualifizierten im Alter von 25 bis 64 Jahren. Wiederum sind Zuwanderer besonders betroffen: Fast drei Viertel der Niedrigqualifizierten ohne Schulabschluss sind im Ausland geboren.

Für die Politik bedeutet all dies, dass sie sich zum einen noch stärker für ein besseres Bildungssystem einsetzen muss. Zum anderen sollte sie noch mehr dafür tun, dass

möglichst viele Zugewanderte den beruflichen Abschluss machen, der ihnen bislang fehlt.

Des Weiteren ließe sich die deutschlandweite Verteilung der Niedrigqualifizierten zumindest zum Teil steuern. So könnten etwa im Ruhrgebiet, das den höchsten Anteil der Niedrigqualifizierten hat, gezielt Asylbewerber mit beruflichem Abschluss untergebracht werden, damit sie nach einem erfolgreichen Asylverfahren dem dortigen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Gegenzug könnten ungelernete Asylbewerber besser auf die ländlichen Gebiete verteilt werden, weil sie dort möglicherweise eher eine Helfertätigkeit finden.

Aus IW-Trends 1/2024

Wido Geis-Thöne: Regionale Verteilung der Akademiker in Deutschland iwkoeln.de/akademiker

Aus IW-Trends 1/2024

Wido Geis-Thöne: Regionale Verteilung der Niedrigqualifizierten in Deutschland iwkoeln.de/niedrigqualifizierte

Auf dem Flickenteppich

Kinderbetreuung. Die Kita kann ins Geld gehen oder kostenlos sein – das entscheidet jedes Bundesland und jede Kommune in Deutschland für sich. Entsprechend groß sind die regionalen Unterschiede: Während die Kinderbetreuung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gratis ist, zahlen Eltern in anderen Bundesländern monatlich mehrere Hundert Euro.

Zwölf Kilometer liegen zwischen Bottrop und Gelsenkirchen. Mit dem Rad ist man in 40 Minuten in der jeweils anderen Stadt, mit dem Auto dauert es nur eine Viertelstunde. Geografisch sind die beiden nordrhein-westfälischen Städte nah beisammen, in der Kinderbetreuung liegen sie aber weit auseinander:

Während die ganztägige Betreuung eines zweijährigen Kindes bei einem Bruttojahreseinkommen der Eltern von 50.000 Euro in Gelsenkirchen monatlich 124 Euro kostet, ist sie in Bottrop mit rund 350 Euro fast dreimal so teuer.

Grund für die mitunter großen Unterschiede bei den Kitakosten – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – sind die kommunalen Gebührenordnungen.

Wie viel Eltern für einen Kitaplatz zahlen müssen, hängt allerdings nicht nur vom Wohnort, sondern auch vom Alter und der Zahl der Kinder, dem Betreuungsumfang sowie dem Einkommen der Eltern ab.

Die Kriterien variieren je nach Bundesland und Kommune: So gibt es in den hessischen Großstädten keine Staffelung des Einkommens,

im baden-württembergischen Reutlingen keine Differenzierung nach Alter, dafür unterscheiden einige Städte in Niedersachsen auch noch nach Art der Betreuungseinrichtung. Schicken Eltern ihr unter dreijähriges Kind dort in eine Krippe, müssen sie tiefer in die Tasche greifen, als wenn sie es in einer Kindergartengruppe betreuen lassen.

Hinzu kommt, dass die kommunalen Gebührenordnungen nicht in allen Ländern auch für die Einrichtungen in freier Trägerschaft gelten, auf die mit mehr als 40.000 Kitas ein großer Teil des Betreuungsangebots entfällt. So können freie Träger in Baden-Württemberg und Bayern die Elternbeiträge selbst bestimmen, in Nordrhein-Westfalen müssen sie dagegen die Gebührenordnungen der Kommunen übernehmen.

Betrachtet man ausschließlich städtische Einrichtungen, sind die Beiträge für Eltern eines zweijährigen Kindes, deren Bruttoeinkommen jährlich bei 50.000 Euro liegt, im Südwesten der Bundesrepublik am höchsten (Grafik):

Im baden-württembergischen Heilbronn zahlen Eltern mit einem

Bruttojahreseinkommen von 50.000 Euro für die ganztägige Betreuung ihres zweijährigen Kindes monatlich 493 Euro.

40 Kilometer weiter südlich, in Stuttgart, wird mit 128 Euro weniger als ein Drittel des Preises fällig.

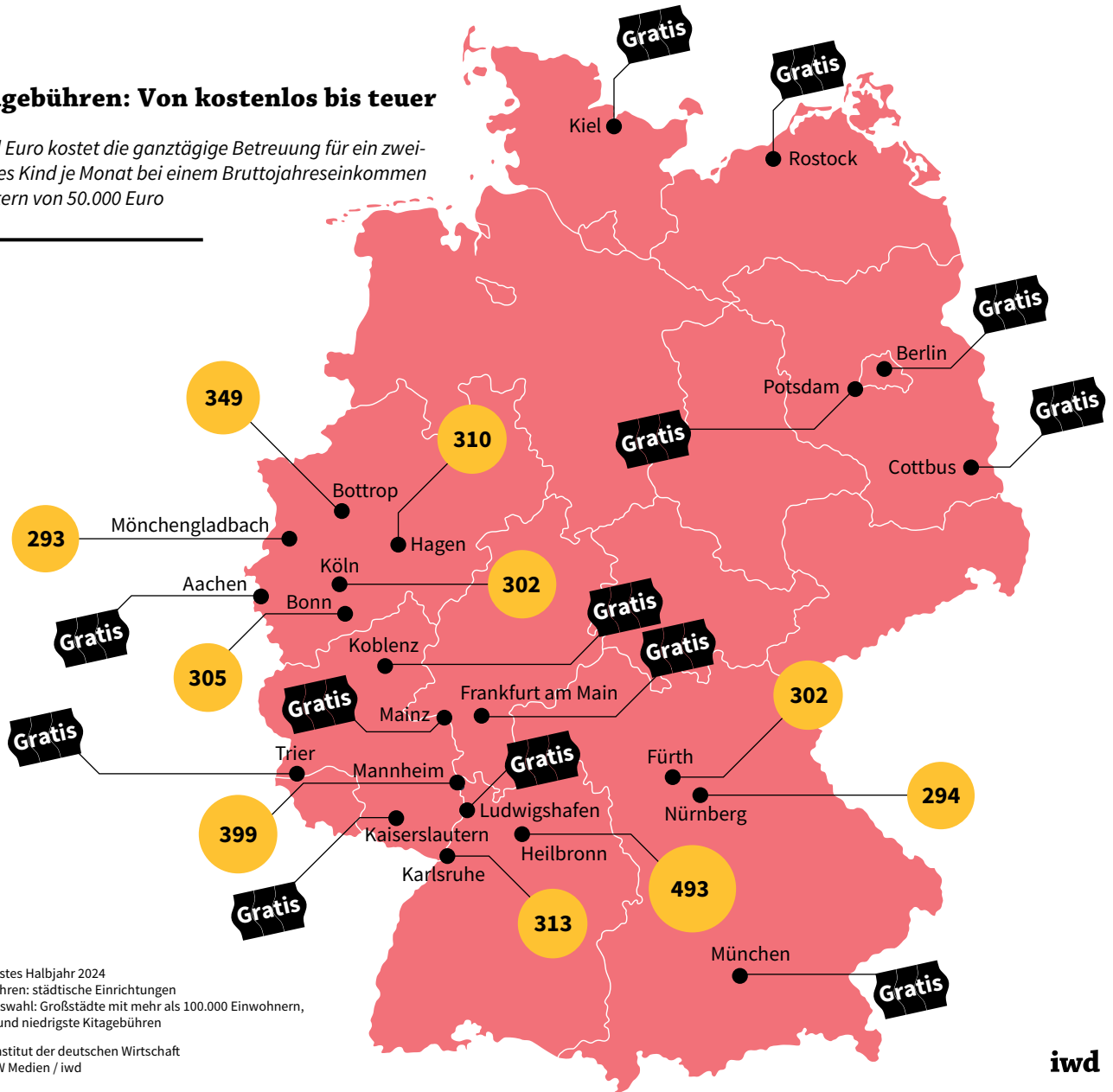
Im benachbarten Rheinland-Pfalz ist es für Eltern eines zweijährigen Kindes noch günstiger. Sie zahlen für denselben Betreuungsumfang nicht einen Cent. Der Grund: Seit 2020 sind alle öffentlichen Kitas des Bundeslands für Kinder ab zwei Jahren per Gesetz kostenlos.

Auch in Berlin gilt die sogenannte landesrechtliche Beitragsfreiheit. Andere Großstädte wie Frankfurt am Main und München verzichten dagegen von sich aus weitgehend auf Kitagebühren.

Schaut man sich die über Zweijährigen an, die deutschlandweit mit rund 79 Prozent den weitaus größeren Teil der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder ausmachen, ändert sich das Bild. Nun kommt die Stadt Heilbronn, die auf eigene Kosten die Kitabeiträge für Kinder ab drei Jahren vollständig abgeschafft hat, sogar besser weg als Stuttgart. Dort sind für die ganztägige Betreuung bis

Kitagebühren: Von kostenlos bis teuer

So viel Euro kostet die ganztägige Betreuung für ein zweijähriges Kind je Monat bei einem Bruttojahreseinkommen der Eltern von 50.000 Euro



Stand: erstes Halbjahr 2024
 Kitagebühren: städtische Einrichtungen
 Städteauswahl: Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern,
 höchste und niedrigste Kitagebühren
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

iwd

zur Einschulung noch immer 88 Euro je Monat fällig.

Wo Kitas besonders teuer sind, lässt sich pauschal also nicht sagen. Generell gilt: je jünger die Kinder, desto teurer der Platz. Besonders kostspielig ist die Betreuung von Einjährigen. Die höchsten Gebühren erheben Bergisch Gladbach und Mülheim an der Ruhr. In der Stadt im Ruhrgebiet zahlen Eltern ab einem Bruttojahreseinkommen von 175.000 Euro für eine wöchentliche Betreuungszeit von 45 Stunden 1.009 Euro je Monat, im östlich von Köln gelegenen Bergisch Gladbach sind es ab

einem Bruttojahreseinkommen von 200.000 Euro sogar 1.220 Euro.

Doch auch für Menschen mit mittleren Einkommen kann die Kita zur finanziellen Belastung werden. Besonders teuer ist es für sie in Mannheim: Dort werden für eine tägliche, achtstündige Betreuung eines einjährigen Kindes bei einem Bruttoeinkommen von 50.000 Euro monatlich 399 Euro fällig.

Idealerweise sollte der Besuch von Kitas bundesweit einheitlich geregelt und für alle Kinder in den letzten Jahren vor der Einschulung kostenlos sein. Aufgrund der aktuel-

len Haushaltslage der Länder und Kommunen ist das – zumindest in naher Zukunft – unrealistisch. Schließlich soll die Betreuung nicht an Qualität verlieren. Trotzdem gilt es, hohe Beiträge zu vermeiden, da sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren. Nur mit bezahlbarer und guter Betreuung können Eltern frühzeitig wieder arbeiten und Kinder optimal gefördert werden.

IW-Report 13/2024
 Wido Geis-Thöne: Elternbeiträge für die Kitabetreuung im regionalen Vergleich
iwkoeln.de/kitagebuehren

Die digitale Lücke

Arbeitsmarkt. Um digitaler zu werden, braucht Deutschland entsprechend ausgebildete Arbeitskräfte. Zwar arbeiten immer mehr Menschen in Digitalisierungsberufen, dennoch wird die Fachkräftelücke dort größer. Politik und Unternehmen müssen dringend mehr Menschen für einen digitalen Job begeistern – und sollten dabei über die deutschen Grenzen hinausschauen.

Produktionsprozesse automatisieren, Behördengänge im Internet erledigen können oder smart heizen: Wenn Deutschland digitaler werden will, braucht es kluge Köpfe. Gefragt sind beispielsweise Informatiker, Elektroingenieure oder technische Systemplaner. Diese Jobs sind alle sogenannte Digitalisierungsberufe. Das sind Berufe, in denen die Beschäftigten neue digitale Schlüsseltechnologien herstellen oder durch besondere technische Kenntnisse deren Nutzung und Verbreitung ermöglichen. Die Zahl der Arbeitnehmer in diesen Berufen ist in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen (Grafik):

Von 2013 bis 2022 wuchs die Beschäftigung in Digitalisierungsberufen um 21 Prozent, der durchschnittliche Zuwachs in allen Berufen lag bei 17 Prozent.

Laut der IW-Arbeitsmarktforschung, die auf der Basis detaillierter Daten zeigt, wie sich die Beschäftigung in Deutschland entwickeln würde, wenn die empirischen Trends des Zeitraums 2016 bis 2022 anhielten, gäbe es 2027 bereits mehr als drei Millionen Beschäftigte in Digitalisierungsberufen.

Doch die steigenden Beschäftigungszahlen reichen bei Weitem nicht, um die immer stärkere Nachfrage nach digitalen Fachkräften zu

decken. Im Gegenteil: Die Fachkräftelücke ist in den vergangenen Jahren immens gewachsen (Grafik Seite 15):

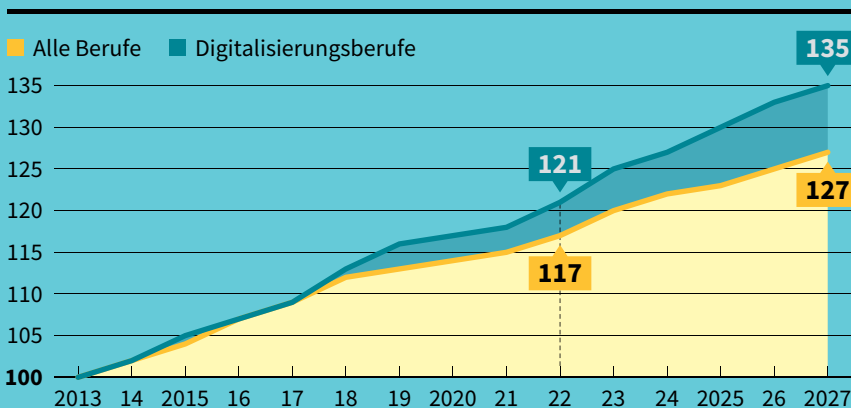
Ende 2022 gab es in Deutschland in den Digitalisierungsberufen rund 123.400 offene Stellen ohne passend qualifizierte Arbeitslose. Fünf Jahre zuvor war die Lücke noch um rund ein Drittel kleiner.

Der Anteil der offenen Stellen, die rein rechnerisch nicht besetzt werden konnten – die sogenannte Stellenüberhangsquote –, betrug zuletzt 63 Prozent. Das heißt, für mehr als sechs von zehn der offenen Stellen gab es deutschlandweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen. Bis zum Jahr 2027 könnte die Quote auf 64 Prozent ansteigen – für diesen Zeitpunkt rechnet das IW mit 128.000 fehlenden Fachkräften.

Beim Blick auf das gesuchte Qualifikationsniveau fällt auf, dass die meisten Arbeitskräfte auf Expertenniveau fehlen – also Menschen mit einem Masterabschluss oder einer vergleichbaren Qualifikation. Laut Arbeitsmarktforschung wird es im Jahr 2027 in Digitalisierungsberufen an mehr als 62.000 entsprechend ausgebildeten Personen mangeln. Die Zahl der fehlenden Fachkräfte mit Berufsausbildung dürfte in drei Jahren mit rund 54.600 etwas niedriger sein, für Spezialisten – das sind Menschen mit Fortbildung oder Bachelorabschluss – erwartet das IW eine relativ kleine Fachkräftelücke von gut 11.600 Personen. Das

Beschäftigung: Größeres Wachstum in Digitalisierungsberufen

Zahl der Beschäftigten in Deutschland, 2013 = 100



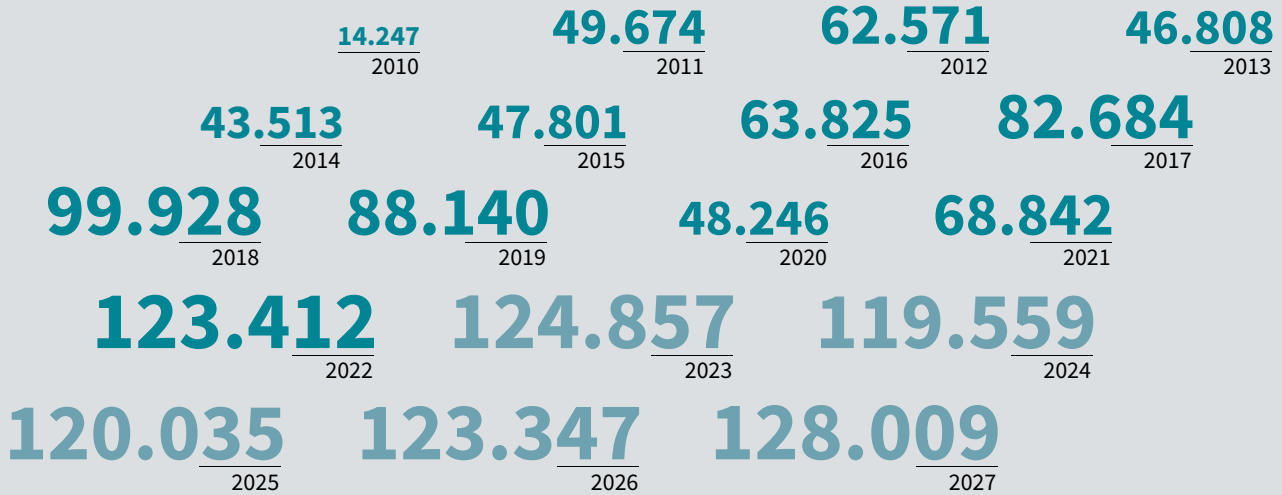
Digitalisierungsberufe: Beschäftigte stellen neue digitale Schlüsseltechnologien her oder ermöglichen durch besondere technische Kenntnisse deren Nutzung und Verbreitung; 2013 bis 2022: Stand jeweils 31. Dezember; ab 2023: IW-Arbeitsmarktforschung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Digitale Fachkräftelücke wird größer

Zahl der offenen Stellen in Digitalisierungsberufen in Deutschland ohne passend qualifizierte Arbeitslose



Digitalisierungsberufe: Beschäftigte stellen neue digitale Schlüsseltechnologien her oder ermöglichen durch besondere technische Kenntnisse deren Nutzung und Verbreitung; 2010 bis 2022: Stand jeweils 31. Dezember; ab 2023: IW-Arbeitsmarktfortschreibung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



könnte daran liegen, dass fast die Hälfte der Bachelorabsolventen in Deutschland anschließend keinen Masterabschluss macht und sich das Arbeitsangebot an Spezialisten damit am stärksten erhöht hat.

Angesichts der immer größeren Fachkräftelücke in Digitalisierungsberufen gilt es dringend gegenzusteuern. Langfristig muss dafür die Berufsorientierung weiterentwickelt werden, damit sich mehr Fachkräfte von morgen für entsprechende Berufe entscheiden. Es sollte einen standardisierten Prozess geben, der über die Vielzahl der Berufe – darunter auch weniger bekannte Mangelberufe – informiert und längere Praktika möglich macht, sodass sich Schülerinnen und Schüler in den Jobs ausprobieren können. Zudem

sollten Arbeitslose vermehrt auf Mangelberufe umgeschult und Teilqualifizierungen stärker gefördert werden, um Quereinsteiger aus anderen Branchen für Digitalisierungsberufe fit zu machen.

Um kurzfristig die bestehende Fachkräftelücke zu verkleinern, ist darüber hinaus mehr qualifizierte Zuwanderung essenziell.

Da Fachkräfte in Digitalisierungsberufen weltweit begehrt sind, muss die Politik es ihnen so einfach wie möglich machen, sich für Deutschland zu entscheiden.

Ein wichtiger Schritt dahin war die Novellierung des Fachkräfteinwanderungsgesetzes: Seit März dieses Jahres können qualifizierte ausländische Fachkräfte leichter nach Deutschland einreisen, die

berufliche Anerkennung für nicht akademische Fachkräfte soll zudem künftig schneller, digitaler und zentralisiert laufen.

Diese Gesetzesänderung legt einen wichtigen Grundstein, sollte aber durch weitere Maßnahmen ergänzt werden, um den Arbeitsort Deutschland noch attraktiver zu machen – so braucht es in Betrieben und Ämtern eine größere Offenheit für Englisch, zudem müssen Bürokratiehürden abgebaut und Zuwanderer bei der Wohnungssuche und Integration unterstützt werden.

Gutachten

Alexander Burstedde, Jurek Tiedemann:
Fachkräftesituation in Digitalisierungsberufen – Beschäftigungsaufbau und Fachkräftemangel bis 2027
iwkoeln.de/digitale-fachkraefte

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche**136.865**

Cyberstraftaten erfasste das Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2022 in Deutschland. Damit ist die Entwicklung von Cyberkriminalität hierzulande erstmals seit 2015 rückläufig: Ein Jahr zuvor waren es noch rund 146.000 solcher Straftaten – der bisherige Höchstwert. In der Statistik nicht berücksichtigt sind allerdings Fälle, bei denen Schäden in Deutschland verursacht werden, aber der Aufenthaltsort des Täters im Ausland liegt oder unbekannt ist. Da Cyberkriminalität häufig nicht angezeigt wird, geht das BKA zudem von einer hohen Dunkelziffer aus.

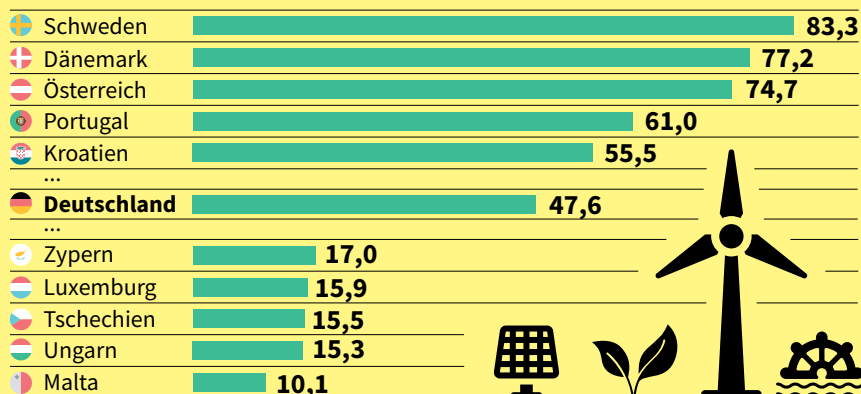
Die 2022 durch Cybercrime entstandenen Schäden in Deutschland schätzt der Digitalverband Bitkom auf rund 203 Milliarden Euro. Mit rund 107.000 Fällen fielen die meisten Vergehen in den Bereich des Computerbetrugs, also die Manipulation von Computern und Programmen oder die Verwendung falscher Daten. Dazu zählt zum Beispiel Abheben von Geld mit fremden oder gestohlenen Zahlungskarten an Geldautomaten. Darüber hinaus wurden jeweils etwa 13.000-mal Daten ausgespäht oder gefälscht, eine Computersabotage – zum Beispiel durch Virenprogramme – kam in rund 3.500 Fällen zur Anzeige. Insgesamt konnte weniger als ein Drittel aller Straftaten aufgeklärt werden – das liegt vor allem an den zahlreichen Möglichkeiten, im Internet anonym zu bleiben und keine Spuren zu hinterlassen.

Top-Liste: Grüner Strom

Gut 41 Prozent des Stroms, der in der Europäischen Union im Jahr 2022 verbraucht wurde, stammten aus erneuerbaren Quellen – ein Jahr zuvor hatte der Anteil erst knapp 38 Prozent betragen. Damit waren erneuerbare Energien zuletzt die bei Weitem bedeutendste Grundlage für die Stromversorgung der EU-Bürger: Atomkraft kam als zweitwichtigste Quelle auf knapp 22 Prozent, Gas trug weniger als 20 Prozent und Kohle knapp 17 Prozent bei. In den einzelnen EU-Staaten ist die Bedeutung der Erneuerbaren für die Stromproduktion allerdings sehr unterschiedlich. Während in Schweden im Jahr 2022 gut 83 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Quellen – vor allem Wasser- und Windkraft – stammten, betrug der Anteil in Malta lediglich rund 10 Prozent. Deutschland belegt im EU-Ranking Platz neun – hierzulande wurden 2022 nahezu 48 Prozent des genutzten Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt.

Grüner Strom: Große Unterschiede in der EU

So viel Prozent des im Jahr 2022 verbrauchten Stroms stammten aus erneuerbaren Quellen



Erneuerbare Quellen: vor allem Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie und Biomasse

Quelle: Eurostat
© 2024 IW Medien / iwd

iwd